

Frauenmehrheit und Männermangel

War die Politik der Nachkriegszeit weiblich geprägt?

Eine erste, provisorische Volkszählung im Oktober 1946 dokumentierte für die drei westlichen Besatzungszonen ein Geschlechterverhältnis von drei Frauen zu zwei Männern. Tote, vermisste und noch in Kriegsgefangenschaft befindliche Soldaten waren die Hauptgründe für diesen „Männermangel“. Ende Oktober 1950 lagen die Ergebnisse der ersten Volkszählung der im Mai 1949 gegründeten BRD vor und sie bestätigte eine erhebliche Frauenmehrheit¹: 25,35 Millionen Frauen und 22,35 Millionen Männern bedeutete knapp ein Achtel mehr weibliche Deutsche.² Daraus resultiert die Frage, ob und mit welchen Programmen die Parteien Frauen als ihre Zielgruppe gewinnen wollten.

Susanne Abeck

Bei der Bundestagswahl 1953 gab es rund 2,4 Millionen mehr Wählerinnen als Wähler. Die Sozialwissenschaftlerin Gabriele Bremme stellte in ihrer 1956 erschienenen Untersuchung „Die politische Rolle der Frau in Deutschland“ fest, dass davon die CDU erheblich profitierte.³ Frauen bevorzugten mehrheitlich christliche und konservative Parteien, „trotz des zeitlich bedingten Struktur- und Ideenwandels“. Sie würden sich in ihren politischen Entscheidungen „weniger von konkreten politischen Tagesfragen leiten“ lassen, sondern mehr aus einer Grundeinstellung „den gesellschaftlichen und politischen Institutionen gegenüber“. Eine Studie des UNESCO-Instituts habe gezeigt, dass Frauen „durchschnittlich schlechter als die männlichen Wähler über politische Fragen informiert“ seien. „Dadurch könnten Frauen besonders leicht für an ihre Gefühle appellierende Propaganda empfänglich sein, ...“⁴

Das demografische Ungleichgewicht gab es natürlich auch im Ruhrgebiet: „Eine weitere wesentliche Veränderung gegenüber dem Vorkriegsstand weist die Zusammensetzung der Bevölkerung auf: Kamen 1939 rund 107 weibliche auf 100 männliche Personen, so war dieses Verhältnis nach der Volkszählung 1946: 117:100. ... In der Gruppe der 25- bis 40-jährigen, d.h. der besonders arbeitsfähigen Jahrgänge, entfallen 1952 infolge der Kriegsverluste fast 130 Frauen auf 100 Männer! Aus diesem Frauenüberschuss erwachsen der wirtschaftlichen Planung für den Wiederaufbau der Stadt besondere Aufgaben; es gilt also bei der Neugestaltung des Wirtschaftslebens bevorzugt Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen.“⁵ So der Geograph Erich Heyn im Jahr 1955 über die demographische Entwicklung der Stadt Essen und den seines Erachtens nach erforderlichen Maßnahmen für einen gelingenden Wiederaufbau angesichts eines Frauenüberschusses von fast einem Drittel. Dass dieses berechtigte Plädoyer in den Folgejahren unerhört blieb, soll hier nicht Thema sein. Viel-

mehr stellt sich die Frage, in welcher Form und mit welcher Bildsprache die Parteien Frauen als potenzielle Wählerinnen adressier-



Die Frau als Hüterin der christlichen Familie. Wählt CDU, 1946; © ACDP | Plakatsammlung, 10-017-3.

ten. Und angesichts der deutlichen Frauenmehrheit ist zu prüfen: Stellten die Parteien vermehrt Kandidatinnen auf und wurden diese auch gewählt?

Schaut man sich die Wahlplakate an, so zeigte die CDU im Kampf für die Kommunalwahl im britischen Sektor am 13. Oktober 1946 mit „Die Frau als Hüterin der christlichen Familie wählt CDU“ Realitätssinn und vermied eine unrealistische Idylle. Die Mutter allein verantwortlich für sich, die Kinder und den (noch) abwesenden Mann.

Auch die KPD sprach mit „Des Volkes Wille – Oberstes Gesetz“ gezielt die Frauen als Wählerin an. Von ihren neun Forderungen stand mit an erster Stelle: „Wir Kommunisten wollen die völlige politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau.“

Die KPD war aus der ersten Landtagswahl in NRW am 20. April 1947 mit 14 Prozent der Stimmen als drittstärkste Partei hervorgegangen (CDU 37,6 Prozent und SPD 32 Prozent). Bei den zweiten Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 17. Oktober 1948 erschien ein „Schande“-Plakat der CDU mit polemischer Kritik am Kommunismus und an der sowjetischen Besatzungszone. Dieses Schüren stereotyper Ängste wäre zumindest bei den Wählerinnen gar nicht vonnöten gewesen, da nach Gabriele Bremme die Frauen die KPD mehrheitlich „radikal“ ablehnten: „Die Geschlechterproportion ist hier also genau umgekehrt wie bei der CDU.“⁶

In den Bundestagswahlkampf 1949 zog die SPD mit einem inhaltlich ungewöhnlich komplexen Plakat: „An der Seite des Mannes ist der Platz der Frau – mit gleichem Recht und gleicher Verantwortung vor unseren Kindern, unserem Volk und der Menschheit“. Das Plakat wies darauf hin, dass die Sozialdemokratie „schon immer ... für eine Gleichberechtigung der Frau eingetreten“ sei und „bisher viel erreicht“ habe. „Hilf darum mit, eine Welt nach unserem Herzen zu bauen eine bessere Welt mit der SPD.“

Im selben Jahr gab es durchaus visuelle Parallelen zwischen den SPD-Plakaten und denen konservativer Parteien. So nutzte die Sozialdemokratie für ihre Kampagne „Mit der SPD für eine freie und bessere Zukunft“ mit der idealisierten Darstellung einer jungen Mutter mit Säugling vor einem Einfamilienhaus ein ähnliches Motiv, das auch von der politischen Konkurrenz verwendet wurde.⁷



Plakat der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands zur NRW-Kommunalwahl am 17.10.1948; © montan.dok/BBA P 1041.



Plakat der Kommunistischen Partei Deutschlands zur NRW-Kommunalwahl am 17.10.1948; © StA BO PL / B / 247.

Orientierungspunkt sowohl von CDU als auch von SPD war das traditionelle Verständnis von Familie im Sinne der Gemeinschaft von Vater, Mutter und Kindern als Keimzelle des Zusammenlebens.⁸ Doch plädierte – neben der KPD – die SPD als einzige Partei für die Gleichberechtigung, auch wenn für sie laut Wahlplakat von 1949 feststand, dass Haus- gleich Frauenarbeit war: „Und wenn sie abends nach Hause kommen, wartet auch noch der Haushalt auf sie.“

Immerhin hatte die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert, eine der vier „Mütter des Grundgesetzes“, im Parlamentarischen Rat die Aufnahme von Artikel 3 Absatz 2 in das Grundgesetz – „Frauen und Männer sind gleichberechtigt.“ – Anfang 1949 durchgesetzt.

Eine eigene Frauenpartei?

Während der Anteil der Frauen an der Wahlbevölkerung bundesweit auf fast 60 Prozent gestiegen war – im Vergleich zu 53 Prozent bei den ersten Wahlen der Weimarer Republik –, lag ihr Anteil in den Landesparlamenten und später auch im ersten Bundestag bei sieben bis acht Prozent.⁹ Nachdem 1946 der Versuch gescheitert war, in der britischen Zone eine eigene Frauenpartei zu gründen – im August 1946 betonte zum Beispiel die SPD in ihrer „Entschliebung zur Frauenfrage“, dass sie „jede Form einer Frauenpartei“ ablehne¹⁰ –, konstituierte sich 1951 die Deutsche Frauenpartei in Düsseldorf unter Vorsitz der in Bochum 1895 geborenen Hulda Pankok. Im Som-

mer 1952 schloss sie sich mit der Allgemeinen Frauenpartei zur Partei der Frauen zusammen. Diese ging bei der Bundestagswahl 1953 eine Wahlkoalition mit der 1952 gegründeten Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) ein, die unter anderen von der in Dortmund geborenen „Mutter des Grundgesetzes“ Helene Wessel und dem früheren Essener Oberbürgermeister und späteren Bundespräsidenten Dr. Gustav Heinemann ins Leben gerufen worden war. Die erforderlichen fünf Prozent konnte die Partei jedoch nicht erlangen. Damit war die Idee einer wirkmächtigen Frauenpartei gescheitert.¹¹

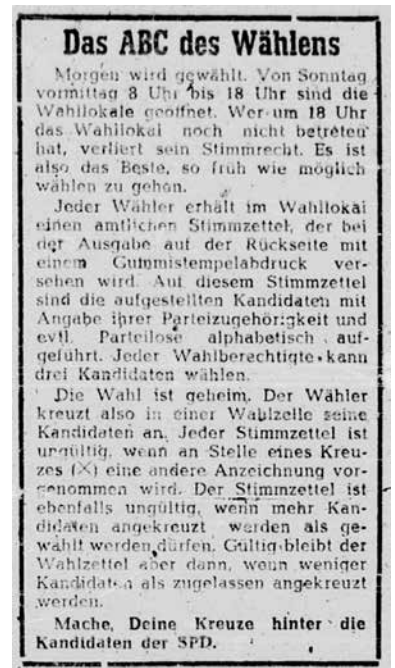
Frauen in der Kommunalpolitik

Am 13. Oktober 1946 fanden in der britischen Zone die ersten Kommunal- und Kreistagswahlen der Nachkriegszeit nach einem von britischer Seite festgelegten Wahlverfahren statt. Für diesen Artikel näher betrachtet wurden die Ergebnisse der Kommunalwahlen 1946 und 1952. Die der SPD nahestehenden Neue Ruhr Zeitung (NRZ) klärte ihre Leserinnen und Leser über das Wahlprocedere auf, was angesichts der Tatsache, dass alle Bürgerinnen und Bürger zwischen 21 und 34 Jahren zum ersten Mal in ihrem Leben an einer demokratischen Wahl teilnahmen, gerechtfertigt war.

Der Frauenanteil unter den 204 Kandidierenden in den 14 Essener Wahlbezirken lag bei gerade einmal rund 15,7 Prozent (32 Frauen). Die Parteien wollten oder konnten nicht gleich viele Kandidatinnen ins Wahlkampfgeschehen schicken: FDP und SPD stellten jeweils acht Kandidatinnen auf, KPD sechs, CDU und Zentrum

jeweils fünf. Von ihnen gab
 en als Beruf an: 21 Haus-
 frau, vier Ehefrau¹², jeweils
 eine Angestellte, Selbstän-
 dige (Friseurgeschäft),
 Fürsorgerin, Geschäftsfüh-
 rerin, Jugendleiterin,
 Ärztin und Konrektorin
 a. D.

Von 54 Sitzen erhielt die CDU 30 Mandate, die SPD 19, je zwei Sitze gingen an KPD und Zentrum, einer an die FDP. Der Frauenanteil lag mit sechs Abgeordneten bei 11,11 Prozent. In den Stadtrat geschafft hatten es die Sozialdemokratinnen Amalie Schneider, Margarete Steube und Elisabeth Schmidt sowie die Christdemokratin Dr. Maria Salberg. Die hatten vor 1933 dem katholischen Kaiser gewählt.



NRZ, 1. Jg., Nr. 27, 12.10.1946 ; StA Essen.



Plakat „An der Seite des Mannes ist der Platz der Frau ... SPD“ zur ersten Bundestagswahl 1949; © BArch, Plak 005-011-017/ o. Ang.

am 27. Januar 1946 zu den Mitbegründer*innen der CDU in Essen gehört. Von 1920 bis 1933 war sie bereits als Stadtverordnete der Zentrumsparterie politisch aktiv gewesen und sollte dies von 1946 bis 1956 weiterhin sein, nun eben für die CDU. Sie war als Politikerin, die sich in den 1920er Jahre für die Gründung eines Kinder und Säuglingsheimes engagiert hatte,¹⁴ daher bereits bekannt und beliebt.¹⁵

Auch Dr. med. Maria Salberg-Hartmann, geboren am 18. Dezember 1894, mit eigener Praxis in Essen-Steele, wird in Steele und Umgebung als praktizierende Ärztin geschätzt gewesen sein.

Warum Frauen 1946 aufgestellt und gewählt wurden, wird auch an der Sozialdemokratin Margarete Steube deutlich. Über die Frau eines seit 35 Jahren auf der Zeche Emil-Emscher in Altenessen beschäftigten Bergmanns und eine Parteifreundin erschien 1961 in der Werkszeitschrift „Werk und Wir“ mit dem Titel „Zwei Frauen im Rathaus“ ein Artikel. Hier sei ein längeres Zitat erlaubt: „Viele Frauen glauben auch heute noch, daß Politik ausschließlich Männersache sei. So ist es nicht verwunderlich, daß im Dortmunder Stadtparlament von 66 Ratsvertretern nur neun Frauen sind. Diese Ansicht zeigt sich auch bei der Wahlbeteiligung. Selbst bei einer Gemeindewahl, bei der die Stadtverordneten und Kreisvertreter gewählt werden, die unmittelbar das Wohl der Gemeinde bestimmen, ist immer wieder zu beobachten, daß weniger Frauen als Männer zur Wahl gehen. Dabei müßte es umgekehrt sein, bedenkt man, daß unter den Wahlberechtigten – beispielsweise in Dortmund – 53 v.H. Frauen und nur 47 v.H. Männer sind. ... Zu den ersten Gemeindewahlen nach dem Krieg stellte die SPD Frau Margarete Steube als Kandidatin ihres Wahlbezirkes in Altenessen auf. Margarete Steube war bereits jahrelang politisch tätig, als ihre Partei sie für ihren Bezirk aufstellte. Wenn sie von ihrem Elternhaus erzählt, erkennt man, wie wichtig es ist, schon die Kinder zum politischen Denken zu erziehen. ... Als Fünfundzwanzigjährige trat Frau Steube in die SPD ein. Nach 1945 half sie zunächst beim organisatorischen Aufbau der Partei, bis sie 1946 nach der ersten Kommunalwahl ins Rathaus einzog. Seitdem ist sie über drei weitere Wahlen in den Jahren 1948,

► Frau Margarete Steube – sie ist die Frau eines unserer Mitarbeiter der Zeche Emil-Emscher – trafen wir im Gespräch mit Antonius Heischamp vom Bezirksamt Essen-Bismessen. Mit viel Erfolg und Freude an der Sache arbeitet sie nun schon das fünfte Jahr als Stadtverordnete, so daß sie sich im Essener Rathaus fast zu Hause fühlt



lang politisch tätig, als ihre Partei sie für ihren Bezirk aufstellte. Wenn sie von ihrem Elternhaus erzählt, erkennt man, wie wichtig es ist, schon die Kinder zum politischen Denken zu erziehen. „Mein Vater erklärte uns immer wieder, daß wir alle für das Wohl unseres Landes verantwortlich sind. Er gab auf jede Frage eine Antwort, und wenn er sie nicht wollte, suchte er so lange, bis er sie geben konnte. Er leitete uns an, das Geschehen im öffentlichen Leben nicht urteillos hinzunehmen.“ Dazu erklärt Frau Steube, daß politisch denken lernen nicht unbedingt heißt, sich einer Partei anzuschließen. Als Fünfundzwanzigjährige trat Frau Steube in die SPD ein. Nach 1945 half sie zunächst beim organisatorischen Aufbau der Partei, bis sie 1946 nach der ersten Kommunalwahl ins Rathaus einzog. Seitdem ist sie über drei weitere Wahlen in den Jahren 1948, 1952 und 1956 hinweg ununterbrochen als Stadtverordnete tätig. Auch bei der kommenden Gemeindewahl im März steht sie wieder auf der Kandidatenliste.

Nicht abseits stehen, sondern mitmachen

Wenn Frau Geiger und Frau Steube von ihrer Tätigkeit in den Ausschüssen für Recht und Ordnung, Wohnungsbau, Wohlfahrt und Sport erzählen, begreift man, wie vielseitig und reißvoll die Arbeit in der Kommunalverwaltung ist und welch tiefe Befriedigung beide Frauen darin gefunden haben, daß sie nicht abseits stehen, sondern etwas für die Menschen ihrer Gemeinde tun können.

Männer und Frauen, die bei der letzten Dortmunder Kommunalwahl nicht gewählt haben

21 Jahre bis unter 25 Jahre	Männer 51,0 v.H.
21 Jahre bis unter 25 Jahre	Frauen 32,4 v.H.
25 Jahre bis unter 30 Jahre	Männer 29,4 v.H.
25 Jahre bis unter 30 Jahre	Frauen 32,0 v.H.
30 Jahre bis unter 35 Jahre	Männer 14,7 v.H.
30 Jahre bis unter 35 Jahre	Frauen 25,5 v.H.
35 Jahre bis unter 40 Jahre	Männer 18,4 v.H.
35 Jahre bis unter 40 Jahre	Frauen 21,0 v.H.
40 Jahre bis unter 45 Jahre	Männer 18,0 v.H.
40 Jahre bis unter 45 Jahre	Frauen 14,4 v.H.
45 Jahre bis unter 50 Jahre	Männer 22,1 v.H.
45 Jahre bis unter 50 Jahre	Frauen 19,7 v.H.
50 Jahre und älter	Frauen 56,2 v.H.

Foto mit Margarete Steube in dem Artikel der Werkzeitschrift „Werk und Wir“, 1961; © thyssenkrupp Corporate Archives.

1952 und 1956 hinweg ununterbrochen als Stadtverordnete tätig. Auch bei der kommenden Gemeindewahl im März steht sie wieder auf der Kandidatenliste.“¹⁶ Demnach war auch die am 7. November 1903 geborene Margarete Steube am organisatorischen Wiederaufbau ihrer Partei beteiligt gewesen. Als langjähriges Parteimitglied, sie war vor 1933 der SPD beigetreten, profitierte auch sie bei der ersten demokratischen Kommunalwahl von ihrem Bekanntheitsgrad.¹⁷

Die Ergebnisse in Essen bestätigen die Aussage von Gabriele Bremme, dass vor allem die CDU bei den Wählerinnen punkten konnte. Die religiös offen ausgerichtete Nachfolgepartei des katholischen Zentrums mit der altväterlichen Persönlichkeit Adenauers kam bei den Frauen ein Jahr nach Kriegsende an. Anders sah dies jedoch bei der dritten Kommunalwahl in NRW aus: am 9. November 1952 wurde die SPD mit 28 Sitzen stärkste Fraktion im Rat, gefolgt von CDU mit 23, FDP mit sechs, Zentrum mit fünf und KPD mit vier Sitzen.¹⁸ Zehn der 66 Sitze wurden von Frauen besetzt (= 15,15 Prozent), allein sieben Sozialdemokratinnen. Hier begann sich der Aufstieg der SPD zu der Partei abzuzeichnen, die man über viele Jahrzehnte mit dem Ruhrgebiet assoziieren sollte.

1 Zu der Diskussion des damals verbreiteten Begriffs „Frauenüberschuss“ u. a. Esselborn, Dörte: Evangelische Sexualethik und Geschlechterpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, 1945-1960. Vorstellungen und Aktivitäten im deutschen Protestantismus zu Sexualität, Ehe und Familie. Diss. Hamburg 2020, S. 76.

2 Kleikamp, Antonia: Volkszählung 1950. So stark war der Frauenüberschuss nach dem Krieg, <https://www.welt.de/geschichte/article215559274/Volkszaehlung-So-stark-war-der-Frauenueberschuss-nach-dem-Krieg.html> [letzter Zugriff am 30.07.2026]

3 Bremme, Gabriele: Die politische Rolle der Frau in Deutschland, Schriftenreihe des UNESCO-Institutes für Sozialwissenschaften in Köln, Bd. 4, Göttingen 1956, S. 77. Dieses Institut gehörte zu drei Spezialinstituten, welche die UNESCO nach dem Zweiten Weltkrieg in der jungen Bundesrepublik Deutschland gründete, um die Demokratisierung voranzutreiben und die deutsche Wissenschaft wieder an die internationale Forschung anzubinden. Es existierte von 1951 bis 1958.

4 Ebda, S. 100 f.

5 Unterstreicherung i. O. Heyn, Erich: Zerstörung und Aufbau der Großstadt Essen. Arbeiten zur Rheinischen Landeskunde, hrsg. v. Geographischen Institut der Universität Bonn, Heft 10. Bonn 1955, S. 28

6 Bremme Gabriele, Die politische Rolle der Frau in Deutschland, S. 85.

7 Siehe hierzu die Zusammenstellung auf der Website des Bundesarchivs, www.bundesarchiv.de/themen-entdecken/online-entdecken/geschichtsgalerien/wahlplakate-zu-den-ersten-bundestagswahlen-1949-und-1953/#c63146 [letzter Zugriff am 30.07.2026].

8 Sie hierzu u. a. Heinemann, Isabel: „Wir haben die richtigen Männer“. (Wahl-) Kämpfe um die politische Repräsentation von Frauen in der jungen Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 6-7/2025, Bonn 2025, S. 11-18.

9 Schüller, Elke: Frauenparteien. Phantasterei oder politischer Machtfaktor? in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte (2000), Nr. 37/38, S. 64-71. DOI: <https://doi.org/10.25595/1506> [letzter Zugriff am 30.07.2026].

10 „Dieser Kampf kann nur erfolgreich sein durch eine kameradschaftliche Zusammenarbeit von Männern und Frauen in einer starken sozialdemokratischen

Partei. Deshalb lehnen die sozialdemokratischen Frauen jede Form einer Frauenpartei und sogenannter unpolitischer Frauenvereinigungen ab.“ Herta Gotthelf, August 1946, zitiert in: Gille-Linne, Karin: Verdeckte Strategien. Herta Gotthelf, Elisabeth Selbert und die Frauenarbeit der SPD 1945-1949, Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 90, Bonn 2011, S. 184.

11 Schüller, Elke, Frauenparteien. Phantasterei oder politischer Machtfaktor?

12 Während die Berufsbezeichnung „Hausfrau“ ab den 1970er Jahren durch den „Hausmann“ bei der Aufstellung der Kandidierenden erweitert wurde, fiel die Bezeichnung „Ehefrau“ mit der Reform des Ehe- und Familienrechts in der BRD 1977 weg.

13 Zu der Abgrenzung zwischen CDU und Zentrum siehe u. a. Zehender, Kathrin: Beratungen ehem. Zentrumsmitglieder und christlicher Gewerkschafter in Köln über die Gründung einer christlich-demokratischen Partei, <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/beratungen-ehem.-zentrumsmitglieder-und-christlicher-gewerkschafter-in-koeln-ueber-die-gruendung-einer-christlich-demokratischen-partei> [letzter Zugriff am 30.07.2026].

14 Mathilde Kaiser gestorben. „Sie war die Güte in Person“, Nachruf in: NRZ, Nr. 46, 23.02.1959, S. 9.

15 Mathilde Kaiser gilt bis heute als „gestaltende Persönlichkeit des politischen und sozialen Lebens in Essen“, wegen ihres sozialen Engagements auch als „Mutter der Stadt“ charakterisiert. Denkmalliste der Stadt Essen, Bd. 929, Blatt 6, https://geo.essen.de/webdaten/sta61/Denkmaeler/Foto_Htm_und_pdf/AK1_Lfd_Nr_929.pdf [letzter Zugriff am 30.07.2026].

16 Zwei Frauen im Rathaus, in: Werk und Wir, Hoesch AG, Dortmund 1961, Heft 2, S. 68-69, https://d2zo35mdb530wx.cloudfront.net/_binary/UCPrthyssenkruppAG/d6e27836-1e44-4a90-a336-cbca7c0ac22b/Werk-und-Wir--02.1961.pdf [letzter Zugriff am 30.07.2026].

17 Entnazifizierung Margarete Steuber, NW 1005-G42 / SBE Hauptausschuss Stadtkreis Essen NW 1005-G42, Nr. 4206.

18 WAZ, Jg. 5, 10.11.1952.